

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą)

A. Problem und Ziel

Die bestehende Grenzbrücke zwischen Küstrin-Kietz in der Bundesrepublik Deutschland und Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) in der Republik Polen ist aufgrund eingeschränkter Tragfähigkeit und erheblicher Baumängel durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen. Hierzu bedurfte es eines Regierungsabkommens zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, das die grundsätzlichen Regelungen hinsichtlich der Erneuerung und der Erhaltung der Grenzbrücke enthält.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

*Fristablauf: 15. 05. 20
besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG*

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Nach dem Abkommen übernimmt die Republik Polen die Planung und Bauausführung der Grenzbrücke. Jede Vertragspartei trägt die Kosten für den Grunderwerb im Hoheitsgebiet ihres jeweiligen Staates, den Bau der Grenzbrücke und den Rückbau der bestehenden Straßenbrücke für die Teile der Brücken, die sich im Hoheitsgebiet ihres Staates befinden. Maßgeblich ist der Verlauf der Staatsgrenze, der im Grenzurkundenwerk festgelegt wurde. Grundlage für die Berechnung der Kostenaufteilung ist der Nettobetrag. Der deutsche Kostenanteil für die Erneuerung der Grenzbrücke wird nach vorläufiger Schätzung rund 3 Millionen Euro betragen und wird im Bundesfernstraßenhaushalt erbracht.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand. Es werden keine Informationspflichten eingeführt, geändert oder aufgehoben. Somit liegt kein Anwendungsfall der „One in, one out“-Regel für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung vor.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Durch das Gesetz können sich für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, Wege- und Personalkosten verringern, da es keiner längeren Umwege über andere Grenzbrücken mehr bedarf. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

03. 04. 20

Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 27. September 2019
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Ersatzneubau der Grenzbrücke
im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą)

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 3. April 2020

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf zu dem Abkommen vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą)

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist besonders eilbedürftig, um das Gesetzgebungsverfahren bis zur parlamentarischen Sommerpause abzuschließen. Da die bestehende Brücke abgängig ist, besteht dringender Handlungsbedarf.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Dr. Angela Merkel

Fristablauf: 15. 05. 20
besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz

zu dem Abkommen vom 27. September 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 27. September 2019 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach Artikel 15 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch den Vollzug des Gesetzes werden Bund, Länder und Gemeinden selbst nicht mit Kosten belastet.

Der deutsche Kostenanteil an der nach dem Abkommen durchzuführenden Baumaßnahme wird rund drei Millionen Euro betragen. Durch das Gesetz entstehen für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger oder für die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Die Wirkung des Gesetzesvorhabens entspricht einer nachhaltigen Entwicklung und steht im Einklang mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Betroffen ist hiervon insbesondere das Nachhaltigkeitsziel SDG 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur). Eines seiner Unterziele beinhaltet den Aufbau einer hochwertigen, verlässlichen und widerstandsfähigen Infrastruktur, die regionale und grenzüberschreitende Infrastrukturen einschließt, um die wirtschaftliche Entwicklung und das menschliche Wohlergehen zu unterstützen und dabei den Schwerpunkt auf einen erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang für alle zu legen. Dies trifft auch auf den Ersatz der im Zuge der deutschen Bundesstraße B 1 und der polnischen Landstraße 22 bestehenden und wegen eingeschränkter Tragfähigkeit und erheblicher Baumängel nicht mehr leistungsfähige Grenzbrücke zu. Das neue Brückenbauwerk stellt sicher, dass den Menschen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze dauerhaft eine leistungsfähige und verkehrssichere Straßenverbindung erhalten. Dies kommt mit Blick auf die Straßenverkehrssicherheit auch dem Nachhaltigkeitsziel SDG 3 (Gesundheit und Wohlergehen) und dem Klimaschutz SDG 13 wegen der Beseitigung eines Engpasses zugute.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Ersatzneubau der Grenzbrücke
im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą)

Umowa
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
w sprawie budowy nowego granicznego obiektu mostowego
w rejonie Küstrin-Kietz i Kostrzyna nad Odrą

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Polen –

im Weiteren „Vertragsparteien“ genannt,

in dem Bestreben, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch die Hoheitsgebiete der beiden Staaten in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern,

nach Artikel 9 des Abkommens vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Bundesstraße 1 und die polnische Landesstraße 22 werden im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird im Hoheitsgebiet der Staaten der Vertragsparteien eine neue Grenzbrücke über die Oder zwischen den Grenzzeichen 555 und 556 (zwischen der bestehenden Straßenbrücke und der bestehenden Eisenbahnbrücke), im Weiteren als „Grenzbrücke“ bezeichnet, gebaut.

(3) Vorhaben im Sinne dieses Abkommens ist der Ersatzneubau der Grenzbrücke an dem gemäß Absatz 2 bestimmten Standort sowie der Rückbau der bestehenden Straßenbrücke.

(4) Jede Vertragspartei stellt im Hoheitsgebiet ihres Staates die rechtzeitige Anbindung der Grenzbrücke an die Straßen nach Absatz 1 sicher.

(5) Die Vertragsparteien streben an, sowohl das Vorhaben als auch die Anbindungen bis Ende des Jahres 2025 fertig zu stellen.

Rząd Republiki Federalnej Niemiec
oraz

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej –

zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

dążąc do usprawnienia ruchu drogowego między obydwo Państwami oraz w tranzycie przez terytoria obydwo Państw, zgodnie z Traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

zgodnie z artykułem 9 Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o utrzymaniu mostów granicznych na granicy niemiecko-polskiej w ciągu niemieckich dróg federalnych i polskich dróg krajowych z dnia 20 marca 1995 roku, –

postanowiły co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

(1) Niemiecka droga federalna 1 oraz polska droga krajowa 22 zostaną połączone w rejonie Kostrzyna nad Odrą i Küstrin-Kietz.

(2) W tym celu na terytorium Państw Umawiających się Stron zostanie zbudowany nowy graniczny obiekt mostowy przez Odrę, między znakami granicznymi nr 555 i 556 (między istniejącym mostem drogowym i istniejącym mostem kolejowym), zwany dalej „mostem granicznym”.

(3) Inwestycją w rozumieniu niniejszej Umowy jest budowa mostu granicznego w lokalizacji, o której mowa w ustępie 2, oraz rozbiórka istniejącego mostu drogowego.

(4) Każda z Umawiających się Stron zapewni we właściwym czasie na terytorium jej Państwa przyłączenie mostu granicznego do dróg, o których mowa w ustępie 1.

(5) Umawiające się Strony będą dążyć do tego, by zakończyć realizację zarówno inwestycji jak i przyłączy do końca 2025 roku.

Artikel 2**Planung und Durchführung des Vorhabens**

(1) Die polnische Vertragspartei übernimmt die Ausführung folgender Aufgaben im Zusammenhang mit dem Vorhaben:

1. Vermessung,
2. Planung und Entwurf,
3. Erstellung von Unterlagen zur Erlangung des Umweltbescheids für das Vorhaben unter Berücksichtigung einer möglichen grenzüberschreitenden Auswirkung nach den Bestimmungen der Vereinbarung vom 11. April 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen,
4. Erstellung der technischen Dokumentation,
5. Erlangung entsprechender Bescheide und Genehmigungen im Hoheitsgebiet der Republik Polen,
6. Übergabe der Unterlagen in deutscher Sprache an die deutsche Vertragspartei, soweit diese zur Erlangung entsprechender Bescheide und Genehmigungen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland benötigt werden,
7. archäologische Untersuchungen im Hoheitsgebiet der Republik Polen,
8. Erkundung auf Kampfmittel im Hoheitsgebiet der Republik Polen,
9. Ausschreibungen und Auftragsvergaben,
10. Überwachung der Ausführung,
11. Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen,
12. Durchführung von Überwachungen und Bestandsanalysen sowie Garantieinspektionen der Grenzbücke,

jeweils im Einvernehmen mit der deutschen Vertragspartei.

(2) Die deutsche Vertragspartei übernimmt:

1. die Erlangung entsprechender Bescheide und Genehmigungen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
2. die Durchführung von archäologischen Untersuchungen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
3. die Erkundung auf Kampfmittel im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

jeweils im Einvernehmen mit der polnischen Vertragspartei.

(3) Für das Vorhaben werden der Auftragnehmer oder die Auftragnehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen sowohl in deutscher als auch in polnischer Sprache zu erstellen für:

1. die Widerlager und Pfeiler im Hoheitsgebiet des Staates der jeweiligen Vertragspartei,
2. das Brückentragwerk, einschließlich derjenigen Leistungen, die für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenteile der Grenzbrücke, gemessen entlang der Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze.

(4) Die vorhandenen Unterlagen, die für die Planung und den Entwurf der Grenzbrücke erforderlich sind, werden gemäß dem Grundsatz der Gegenseitigkeit der anderen Vertragspartei zur möglichen Nutzung kostenlos übergeben.

(5) Die Ausschreibungen und Auftragsvergaben für das Vorhaben erfolgen gemäß den in der Republik Polen geltenden Vorschriften.

(6) Die Grenzbrücke wird nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften, Normen und bautechnischen Vorschriften, die in der Republik Polen gelten, geplant, ausgeführt und abgenommen.

Artykuł 2**Planowanie i realizacja inwestycji**

(1) Polska Umawiająca się Strona przejmie wykonanie następujących zadań związanych z inwestycją:

1. prac pomiarowych;
2. prac planistycznych i projektowych;
3. opracowanie dokumentacji na potrzeby uzyskania decyzji o środowiskowych uwarunkowaniach dla inwestycji z uwzględnieniem możliwego oddziaływania transgranicznego w oparciu o postanowienia Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2006 roku o realizacji Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 roku;
4. opracowanie dokumentacji technicznej;
5. uzyskanie właściwych decyzji i zezwoleń na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;
6. przekazanie niemieckiej Umawiającej się Stronie w języku niemieckim dokumentów na potrzeby uzyskania właściwych decyzji i zezwoleń na terytorium Republiki Federalnej Niemiec;
7. badań archeologicznych na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;
8. rozpoznania saperskiego na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;
9. ogłoszenie przetargów i zawarcie umów na realizację;
10. prowadzenie nadzoru nad realizacją;
11. sprawdzenie rozliczenia prac objętych umowami;
12. realizację monitoringów i analiz powykonawczych oraz przeglądów gwarancyjnych mostu granicznego

– każdorazowo w porozumieniu z niemiecką Umawiającą się Stroną.

(2) Niemiecka Umawiająca się Strona przejmie:

1. uzyskanie właściwych decyzji i zezwoleń na terytorium Republiki Federalnej Niemiec;
2. wykonanie badań archeologicznych na terytorium Republiki Federalnej Niemiec;
3. wykonanie rozpoznania saperskiego na terytorium Republiki Federalnej Niemiec

– każdorazowo w porozumieniu z polską Umawiającą się Stroną.

(3) W związku z realizacją inwestycji wykonawca lub wykonawcy w umowie o wykonanie prac budowlanych zostaną zobowiązani do wystawienia oddzielnych faktur zarówno w języku polskim jak i w niemieckim za:

1. przyczółki i filary na terytorium Państwa każdej z Umawiających się Stron;
2. ustrój nośny mostu, łącznie z tymi pracami, które mogą być wykonywane dla całego obiektu budowlanego, proporcjonalnie do długości części mostu granicznego mierzonej wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór a granicą państwową.

(4) Istniejąca dokumentacja niezbędna do planowania i projektowania mostu granicznego zostanie bezpłatnie przekazana, zgodnie z zasadą wzajemności, drugiej Umawiającej się Stronie do ewentualnego wykorzystania.

(5) Przetargi i zawarcie umów na realizację inwestycji zostaną przeprowadzone zgodnie z przepisami obowiązującymi w Rzeczypospolitej Polskiej.

(6) Most graniczny będzie projektowany, wykonany i odebrany zgodnie z wewnętrznymi przepisami prawnymi, normami i przepisami techniczno-budowlanymi obowiązującymi w

Für einzelne Bauteile werden die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden bautechnischen Vorschriften und Normen angewandt, sofern sie strenger sind. Die Bemessung ist für Einwirkungen nach dem Eurocode EN 1991-2 in der aktuellen Version unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Festlegungen (NDP) durchzuführen. Anhand einer Vergleichsrechnung ist nachzuweisen, dass die deutschen nationalen Festlegungen im Hinblick auf Standsicherheit, Dauerhaftigkeit und Verkehrssicherheit eingehalten werden.

(7) Für die Umsetzung des Gegenstands dieses Abkommens sind die Vertragsparteien zuständig, die zu diesem Zweck zuständige Verwaltungsbehörden, im Weiteren als „zuständige Behörden“ bezeichnet, benennen.

(8) Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig die Kontaktdaten der zuständigen Behörden schriftlich innerhalb von dreißig Tagen ab Unterzeichnung des Abkommens übermitteln.

Artikel 3

Grunderwerb und Beteiligung der Ständigen Deutsch-Polnischen Grenzkommission und der Deutsch-Polnischen Grenzgewässerkommission

(1) Jede Vertragspartei stellt die fristgerechte Bereitstellung der im Hoheitsgebiet ihres Staates liegenden Grundstücke, die für die Durchführung des Vorhabens dauernd oder zeitweilig erforderlich sind, sicher.

(2) Die Umsetzung dieses Abkommens berührt nicht den Verlauf der polnisch-deutschen Staatsgrenze und die Standorte der Grenzzeichen.

(3) Vor Beginn der Bauarbeiten ist das schriftliche Einverständnis

1. der Ständigen Deutsch-Polnischen Grenzkommission nach dem Vertrag vom 16. September 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Vermarkung und Instandhaltung der gemeinsamen Grenze auf den Festlandabschnitten sowie den Grenzgewässern und die Einsetzung einer Ständigen Deutsch-Polnischen Grenzkommission und
2. der Deutsch-Polnischen Grenzgewässerkommission nach dem Vertrag vom 19. Mai 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

einzuholen.

Artikel 4

Abnahme

(1) Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von der zuständigen Behörde der polnischen Vertragspartei, gemeinsam mit Vertretern der zuständigen Behörde der deutschen Vertragspartei in Anwesenheit des Auftragnehmers nach den Rechtsvorschriften der Republik Polen sowie nach den Bedingungen des Bauvertrags abgenommen. Die zuständige Behörde der polnischen Vertragspartei überwacht die Einhaltung der Gewährleistungsfristen für die Bauausführung der Grenzbrücke und macht die Gewährleistungsansprüche, auch die von der zuständigen Behörde der deutschen Vertragspartei gemeldeten, geltend.

(2) Bezüglich der Abnahme des Rückbaus der bestehenden Straßenbrücke findet der Absatz 1 entsprechende Anwendung.

Artikel 5

Erhaltung

Die Erhaltung der Grenzbrücke regelt das Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge

Rzeczypospolitej Polskiej. Dla pojedynczych elementów konstrukcyjnych będą zastosowane przepisy techniczno-budowlane i normy obowiązujące w Republice Federalnej Niemiec, o ile są bardziej rygorystyczne. Obliczenia wymiarowania należy sporządzić dla oddziaływań, o których mowa w eurokodzie EN 1991-2 w aktualnie obowiązującej wersji, z uwzględnieniem przepisów ogólnokrajowych (NDP). W oparciu o obliczenia porównawcze należy potwierdzić, że spełnione zostały niemieckie przepisy ogólnokrajowe odnoszące się do stateczności, trwałości i bezpieczeństwa ruchu.

(7) Za realizację przedmiotu niniejszej Umowy odpowiadają Umawiające się Strony, które dla tego celu wyznaczą właściwe organy administracji, zwane dalej „właściwymi organami”.

(8) Umawiające się Strony przekażą sobie wzajemnie na piśmie, w terminie trzydziestu dni od dnia podpisania niniejszej Umowy, dane kontaktowe właściwych organów.

Artykuł 3

Pozyskanie gruntów oraz uczestnictwo Stalej Niemiecko-Polskiej Komisji Granicznej i Niemiecko-Polskiej Komisji do Spraw Wód Granicznych

(1) Każda z Umawiających się Stron zapewni terminowe udostępnienie gruntów znajdujących się na terytorium jej Państwa, które są na stałe lub przejściowo niezbędne do realizacji inwestycji.

(2) Realizacja niniejszej Umowy nie naruszy przebiegu polsko-niemieckiej granicy państwowej oraz lokalizacji znaków granicznych.

(3) Przed rozpoczęciem prac budowlanych należy uzyskać pisemną zgodę:

1. Stalej Niemiecko-Polskiej Komisji Granicznej, o której mowa w Umowie między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczypospolitą Polską o oznakowaniu i utrzymaniu jej wspólnej granicy na odcinkach lądowych i wodach granicznych oraz powołaniu Stalej Niemiecko-Polskiej Komisji Granicznej z dnia 16 września 2004 roku;
2. Niemiecko-Polskiej Komisji do Spraw Wód Granicznych, o której mowa w Umowie między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczypospolitą Polską o współpracy w dziedzinie gospodarki wodnej na wodach granicznych z dnia 19 maja 1992 roku.

Artykuł 4

Odbiór

(1) Po zakończeniu prac budowlanych most graniczny zostanie wspólnie odebrany przez właściwy organ polskiej Umawiającej się Strony oraz przedstawicieli właściwego organu niemieckiej Umawiającej się Strony, w obecności wykonawcy, zgodnie z przepisami prawa Rzeczypospolitej Polskiej oraz zgodnie z warunkami umowy na budowę. Właściwy organ polskiej Umawiającej się Strony będzie monitorować dotrzymywanie terminów gwarancji na wykonanie mostu granicznego i będzie dochodzić roszczeń z tytułu gwarancji, także tych zgłaszanych przez właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony.

(2) Do odbioru rozbiórki istniejącego mostu drogowego stosuje się odpowiednio ustęp 1.

Artykuł 5

Utrzymanie

Utrzymanie mostu granicznego reguluje Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczypospolitą Polską o utrzymaniu mostów granicznych na granicy polsko-niemieckiej

der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze.

Artikel 6

Kosten

(1) Jede Vertragspartei trägt die Kosten für den Grunderwerb im Hoheitsgebiet ihres Staates, den Bau der Grenzbrücke und den Rückbau der bestehenden Straßenbrücke für die Teile der Brücken, die sich im Hoheitsgebiet ihres Staates befinden. Maßgeblich bleibt der gültige Verlauf der Staatsgrenze, der im Grenzurkundenwerk festgelegt wurde. Grundlage für die Berechnung der Kostenaufteilung ist der Nettobetrag.

(2) Die deutsche Vertragspartei trägt die von der polnischen Vertragspartei getragenen Kosten für behördliche Tätigkeiten nach Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 4 in Höhe von 10 Prozent der Nettokosten des im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Teils des Vorhabens.

(3) Bei der Aufteilung der Kosten sind die polnischen indirekten Steuern nicht zu berücksichtigen. Diese werden von der polnischen Vertragspartei allein getragen.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die zuständige Behörde der deutschen Vertragspartei erteilt der zuständigen Behörde der polnischen Vertragspartei den von ihr zu tragenden Anteil der Zahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden.

(2) Die Kosten der behördlichen Tätigkeiten nach Artikel 6 Absatz 2 werden durch die zuständige Behörde der deutschen Vertragspartei an die zuständige Behörde der polnischen Vertragspartei unverzüglich nach der Unterzeichnung der Verträge mit den Auftragnehmern gezahlt.

(3) Die zuständige Behörde der polnischen Vertragspartei teilt der zuständigen Behörde der deutschen Vertragspartei zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Zahlungen mit und unterrichtet sie über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten, in denen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(4) Die zuständige Behörde der deutschen Vertragspartei zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(5) Alle Zahlungen der deutschen Vertragspartei erfolgen in polnischen Zloty.

(6) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartei dürfen die unstrittigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(7) Die zuständige Behörde der deutschen Vertragspartei erhält Zweitstücke der Ausführungs- und Bestandspläne, der Bauverträge, der Bestellurkunden und der festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht, Aufenthaltstitel

(1) Das Erfordernis von Dokumenten, die zur Grenzüberschreitung und zum Aufenthalt berechtigen, einschließlich eines Visums, richtet sich für die Personen, die an der Durchführung des Vorhabens beteiligt sind, nach dem Recht, das jeweils im Hoheitsgebiet des Staates derjenigen Vertragspartei gilt, in dem die betreffende Person sich aufhält.

(2) Das Erfordernis einer Arbeitserlaubnis bei der Durchführung des Vorhabens richtet sich auch für Tätigkeiten, die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt werden, ausschließlich nach dem Recht der Republik Polen. Die in Absatz 1 genannten Personen, die eine Arbeitserlaubnis nach

w ciągu polskich dróg krajowych i niemieckich dróg federalnych z dnia 20 marca 1995 roku.

Artykuł 6

Koszty

(1) Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty pozyskania gruntów znajdujących się na terytorium jej Państwa, budowy mostu granicznego i rozbiórki istniejącego mostu drogowego dla tych części mostów, które znajdują się na terytorium jej Państwa. Decydującym pozostaje obowiązujący przebieg granicy państwowej określony w dokumentacji granicznej. Podstawą do wyliczenia podziału kosztów będzie kwota netto.

(2) Niemiecka Umawiająca się Strona pokryje poniesione przez polską Umawiającą się Stronę koszty czynności administracyjnych, o których mowa w artykule 2 ustęp 1 oraz w artykule 4, w wysokości 10 procent kosztów netto części inwestycji zrealizowanej na terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

(3) Przy podziale kosztów nie należy uwzględniać polskich podatków pośrednich. Podatki te będą poniesione w całości przez polską Umawiającą się Stronę.

Artykuł 7

Płatności

(1) Właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony zwróci właściwemu organowi polskiej Umawiającej się Strony przypadające na nią części płatności, które dokonywane będą na rzecz wykonawców odpowiednio do postępu prac budowlanych.

(2) Koszty czynności administracyjnych, o których mowa w artykule 6 ustęp 2, zostaną opłacone przez właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony właściwemu organowi polskiej Umawiającej się Strony, niezwłocznie po podpisaniu umów z wykonawcami.

(3) Właściwy organ polskiej Umawiającej się Strony powiadamia właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowym zapotrzebowaniu na środki finansowe dla płatności oraz informuje go o stanie wypłat przedstawiając zestawienia, w których wykazane będą wysokość i data wypłat.

(4) Właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony dokona zapłaty reszty swojego udziału w kosztach po odbiorze końcowym i rozliczeniu.

(5) Wszystkie płatności przypadające na niemiecką Umawiającą się Stronę dokonywane będą w złotych polskich.

(6) W przypadku rozbieżności między Umawiającymi się Stronami nie można dokonywać wstrzymania płatności kwot nie będących przedmiotem sporu.

(7) Właściwy organ niemieckiej Umawiającej się Strony otrzyma egzemplarze projektów wykonawczych i powykonawczych, umów na budowę, zamówień i potwierdzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artykuł 8

Prawo wstępu, tytuły pobytowe

(1) Wymóg dotyczący posiadania dokumentów uprawniających do przekraczania granicy oraz pobytu, w tym wizy, w przypadku osób uczestniczących w realizacji inwestycji zależy od prawa obowiązującego na terytorium Państwa tej Umawiającej się Strony, na którym przebywa dana osoba.

(2) Wymóg posiadania zezwolenia na pracę przy realizacji inwestycji, również w przypadku czynności, które są wykonywane na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, jest realizowany wyłącznie zgodnie z prawem Rzeczypospolitej Polskiej. Osoby wymienione w ustępie 1, posiadające zezwolenie

dem Recht der Republik Polen besitzen, benötigen keinen Aufenthaltstitel der Bundesrepublik Deutschland aus dem Grund, dass sie im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bei der Durchführung des Vorhabens eine Erwerbstätigkeit ausüben.

(3) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im örtlichen Bereich des Vorhabens werden einvernehmlich geregelt.

Artikel 9

Steuerliche Regelungen

(1) Ungeachtet des geltenden Verlaufs der Staatsgrenze gilt der örtliche Bereich des Vorhabens hinsichtlich der Anwendung des Mehrwertsteuerrechts als Hoheitsgebiet der Republik Polen, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen sowie den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Waren handelt, die für die Durchführung des Vorhabens bestimmt sind.

(2) Ungeachtet des geltenden Verlaufs der Staatsgrenze gilt der örtliche Bereich des Vorhabens hinsichtlich der Anwendung des Verbrauchsteuerrechts für die Verwendung von Energieerzeugnissen und für die Entnahme von Strom zur Durchführung des Vorhabens als Hoheitsgebiet der Republik Polen.

(3) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Staaten der Vertragsparteien verständigen sich und übermitteln einander sämtliche notwendigen Informationen und leisten Unterstützung bei der Anwendung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Absätze 1 und 2. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich im örtlichen Bereich des Vorhabens aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Absätze 1 und 2 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Staaten der Vertragsparteien unberührt.

(4) Von diesem Abkommen unberührt bleiben die Regelungen der jeweils geltenden Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen und vom Vermögen.

Artikel 10

Deutsch-Polnische Gemischte Kommission und Deutsch-Polnische Projektgruppe

(1) Es wird eine Deutsch-Polnische Gemischte Kommission für das Vorhaben, im Weiteren „Gemischte Kommission“ genannt, gebildet. Diese besteht aus den benannten Leitern der Delegationen und aus den von jeder Vertragspartei entsandten Mitgliedern. Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über die Benennung der Delegationsleiter in der Gemischten Kommission. Jeder Delegationsleiter kann durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung der Gemischten Kommission unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung sollte spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang des Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zum Vorhaben, insbesondere zur Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens bei Streitigkeiten sowie hinsichtlich der Verständigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten, zu klären.

(3) Jede Delegation der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Behörden und Stellen des Staates der anderen Vertragsparteien die Unterlagen vorlegen lassen, die sie zur Vorbereitung der Beschlüsse der Gemischten Kommission für notwendig erachtet.

(4) Jede Vertragspartei kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(5) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse einvernehmlich.

na pracę wydane zgodnie z prawem Rzeczypospolitej Polskiej, nie potrzebują tytułu pobytowego Republiki Federalnej Niemiec z tego powodu, że przy realizacji inwestycji prowadzą działalność zarobkową na terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

(3) Szczegółowe kwestie związane z utrzymaniem bezpieczeństwa i porządku publicznego na terenie inwestycji są regulowane we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 9

Regulacje podatkowe

(1) Bez względu na obowiązujący przebieg granicy państwowej, teren inwestycji jest w zakresie stosowania prawa o podatku od wartości dodanej traktowany jako terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, o ile dotyczy to dostaw towarów, usług oraz wewnątrzwspólnotowego nabycia i przywozu towarów, przeznaczonych do realizacji inwestycji.

(2) Bez względu na obowiązujący przebieg granicy państwowej, teren inwestycji, w zakresie stosowania prawa o podatku akcyzowym dotyczącego wykorzystania produktów energetycznych i poboru energii elektrycznej do realizacji inwestycji, jest traktowany jako terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

(3) Właściwe organy podatkowe i celne Państw Umawiających się Stron będą się porozumiewać oraz przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje i świadczyć pomoc przy stosowaniu przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień ustępów 1 i 2. Przedstawiciele tych organów mają prawo do przebywania na terenie inwestycji i podejmowania tam środków w ramach postanowień ustępów 1 i 2, które są przewidziane w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym prawo wykonywania władztwa Państw Umawiających się Stron pozostaje nienaruszone.

(4) Niniejsza Umowa nie narusza postanowień obowiązujących umów zawartych między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku.

Artykuł 10

Niemiecko-Polska Komisja Mieszana i Niemiecko-Polska Grupa Projektowa

(1) Do spraw inwestycji zostaje utworzona Niemiecko-Polska Komisja Mieszana, zwana dalej „Komisją Mieszaną”. Składać się będzie z wyznaczonych przewodniczących delegacji oraz oddelegowanych przez każdą z Umawiających się Stron członków. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swoim przewodnictwem posiedzenie Komisji Mieszanej kierując wnioskiem do przewodniczącego drugiej delegacji. Posiedzenie takie powinno odbyć się najpóźniej w ciągu miesiąca od otrzymania wniosku.

(2) Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie zasadniczych kwestii dotyczących inwestycji, w szczególności dotyczących interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadku sporów, oraz dotyczących porozumienia w sprawie płatności i ich warunków.

(3) Każda delegacja w Komisji Mieszanej może zwrócić się do właściwych organów lub podmiotów Państwa drugiej Umawiającej się Strony by przedłożyły dokumenty, które uzna za niezbędne do przygotowania decyzji Komisji Mieszanej.

(4) Każda z Umawiających się Stron może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

(5) Komisja Mieszana podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

(6) Außerdem wird für das Vorhaben eine Deutsch-Polnische Projektgruppe gebildet, im Weiteren „Projektgruppe“ genannt, die sich aus einer deutschen und einer polnischen Arbeitsgruppe zusammensetzt. Die Leiter der Arbeitsgruppen werden von der jeweils zuständigen Behörden benannt. Jeder Leiter einer Arbeitsgruppe kann durch Ersuchen an den Leiter der anderen Arbeitsgruppe zu einer Sitzung der Projektgruppe unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung sollte spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang des Ersuchens stattfinden.

(7) Die Projektgruppe hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zum Vorhaben zu klären und den zuständigen Behörden Vorschläge zu unterbreiten, insbesondere zu

1. Konstruktion und Abmessungen der Grenzbrücke,
2. Festlegung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
3. Prüfung des Bauentwurfs und des Vergabevorschlags,
4. Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
5. Grundsätzen für die Abnahme der Bauleistungen,
6. Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke.

(8) Die zuständigen Behörden und Stellen der Vertragsparteien sind verpflichtet, den Arbeitsgruppen aus ihren Staaten die Unterlagen vorzulegen, die zur Vorbereitung der Beschlüsse der Projektgruppe erforderlich sind.

(9) Jede Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen der Projektgruppe Experten einladen.

(10) Die Projektgruppe fasst die Beschlüsse einvernehmlich. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden die strittigen Fragen an die Gemischte Kommission weitergeleitet.

(6) Ponadto do spraw inwestycji zostaje utworzona Niemiecko-Polska Grupa Projektowa, zwana dalej „Grupą Projektową”, składająca się z polskiej i niemieckiej grupy roboczej. Przewodniczący grup roboczych zostaną wskazani przez właściwe organy. Każdy przewodniczący grupy roboczej może zwołać pod swoim przewodnictwem posiedzenie Grupy Projektowej kierując wniosek do przewodniczącego drugiej grupy roboczej. Posiedzenie takie powinno odbyć się najpóźniej w ciągu miesiąca od otrzymania wniosku.

(7) Zadaniem Grupy Projektowej jest wyjaśnianie zasadniczych kwestii dotyczących inwestycji oraz przedkładanie właściwym organom propozycji, w szczególności dotyczących:

1. konstrukcji i wymiarów mostu granicznego;
2. określenia zakresu wspólnych prac;
3. sprawdzenia projektu budowlanego oraz propozycji zlecenia prac;
4. płatności i warunków płatności;
5. zasad odbioru prac budowlanych;
6. przekazania i przejęcia mostu granicznego.

(8) Właściwe organy lub podmioty Umawiających się Stron są zobowiązane do przedkładania grupom roboczym ze swoich Państw dokumentów niezbędnych do przygotowania decyzji Grupy Projektowej.

(9) Każda grupa robocza może zapraszać ekspertów na posiedzenia Grupy Projektowej.

(10) Grupa Projektowa podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu. Jeżeli nie zostanie osiągnięte wzajemne porozumienie, kwestie sporne zostaną przekazane do Komisji Mieszanej.

Artikel 11

Datenschutz

Die Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, erfolgt im Rahmen dieses Abkommens unter Beachtung der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 und des innerstaatlichen Rechts des Staates der jeweiligen Vertragspartei nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die Stelle des Staates der Vertragspartei, die die Daten empfängt, im Weiteren „empfangende Stelle“ genannt, unterrichtet auf Ersuchen der Stelle des Staates der Vertragspartei, die die Daten übermittelt, im Weiteren „übermittelnde Stelle“ genannt, über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bestimmten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wenn die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates ist eine Verwendung der Daten für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder für bedeutende Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr in Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung nicht erteilt, ist die Verwendung der Daten für den anderen Zweck unzulässig; ein durch die Verwendung der Daten für andere Zwecke entstandener Schaden ist zu ersetzen.

Artykuł 11

Ochrona danych osobowych

Przekazywanie i wykorzystanie danych osobowych, zwanych dalej „danymi”, w ramach niniejszej Umowy odbywa się z uwzględnieniem Rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2016/679 z dnia 27 kwietnia 2016 roku i prawa wewnętrznego Państwa każdej z Umawiających się Stron, zgodnie z następującymi postanowieniami:

1. Instytucja Państwa Umawiającej się Strony otrzymująca dane, zwana dalej „instytucją otrzymującą”, na wniosek instytucji Państwa drugiej Umawiającej się Strony przekazującej dane, zwanej dalej „instytucją przekazującą”, informuje o wykorzystaniu przekazanych danych i o osiągniętych w związku z tym wynikach;
2. Wykorzystanie danych przez instytucję otrzymującą dozwolone jest tylko do celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez instytucję przekazującą. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu obrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego, o ile właściwy organ państwa przekazującego wyraził zgodę na takie wykorzystanie. Bez uprzedniej zgody właściwego organu państwa przekazującego dane wykorzystanie danych do innych celów jest dopuszczalne tylko wówczas, gdy jest to konieczne dla przeciwdziałania jednostkowej sytuacji nagłego zagrożenia życia, naruszeniu nietykalności fizycznej lub wolności osobistej osoby lub szkodzi o znacznej wartości majątkowej oraz gdy występuje przypadek niecierpiący zwłoki. W takiej sytuacji należy niezwłocznie do właściwego organu państwa przekazującego dane złożyć późniejszy wniosek o zgodę na zmianę celu. Jeżeli zgoda nie zostanie udzielona wykorzystywanie danych do innego celu jest niedopuszczalne. Szkoda powstała w związku z wykorzystaniem danych do innych celów powinna zostać zrekompensowana;

3. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht ihres Staates besondere Lösungsfristen für die übermittelten Daten vorsieht, weist die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle darauf hin.
4. Die übermittelnde Stelle und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, sofern sie nicht durch die Gemischte Kommission beigelegt worden sind, durch die Vertreter der für Verkehr zuständigen Ministerien der Vertragsparteien im Wege von Verhandlungen beigelegt werden. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 13

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen kann nur einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien geändert, ergänzt, verlängert oder aufgehoben werden.

(2) Dieses Abkommen tritt zwölf Monate nach Ablauf der längsten Gewährleistungsfrist für das Vorhaben außer Kraft. Die polnische Vertragspartei teilt der deutschen Vertragspartei den Fristablauf nach Satz 1 auf diplomatischem Wege mit. Die deutsche Vertragspartei bestätigt den Eingang der Mitteilung auf diplomatischem Wege und teilt der polnischen Seite das Datum des Außerkrafttretens dieses Abkommens mit.

Artikel 14

VN-Registrierungsklausel

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der polnischen Vertragspartei veranlasst. Die deutsche Vertragspartei wird unverzüglich über die erfolgte Registrierung, einschließlich der Angabe der VN Registrierungsnummer informiert, nachdem diese Registrierung durch das Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt wurde.

Artikel 15

Inkrafttreten

Die Vertragsparteien teilen einander auf diplomatischem Wege mit, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag des Eingangs der letzten Note in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 27. September 2019 in zwei gleichlautenden Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec

Andreas Scheuer

Für die Regierung der Republik Polen
Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej

Andrzej Adamczyk

3. jeżeli prawo wewnętrzne Państwa obowiązujące instytucję przekazującą przewiduje szczególne terminy usuwania przekazanych danych, wówczas instytucja przekazująca wskazuje na nie instytucji otrzymującej;
4. instytucja przekazująca i instytucja otrzymująca są zobowiązane do odnotowania w aktach przekazania i odbioru danych.

Artykuł 12

Rozbieżności zdań

Rozbieżności zdań w sprawie interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy, jeśli nie zostały rozstrzygnięte przez Komisję Mieszaną, powinny być rozstrzygane przez przedstawicieli Ministrów właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron w drodze rokowań. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 13

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

(1) Niniejsza Umowa może zostać zmieniona, uzupełniona, przedłużona albo uchylona tylko za obopólną zgodą Umawiających się Stron.

(2) Niniejsza Umowa traci moc po upływie dwunastu miesięcy od terminu upływu najdłuższego okresu gwarancyjnego inwestycji. Polska Umawiająca się Strona poinformuje niemiecką Umawiającą się Stronę o upływie okresu wymienionego w pierwszym zdaniu w drodze dyplomatycznej. Strona niemiecka potwierdzi odbiór informacji w drodze dyplomatycznej i poinformuje stronę polską o dacie utraty mocy niniejszej Umowy.

Artykuł 14

Klauzula dotycząca rejestracji w ONZ

Rejestracja niniejszej Umowy w Sekretariacie Organizacji Narodów Zjednoczonych zgodnie z artykułem 102 Karty Narodów Zjednoczonych zostanie zlecona niezwłocznie po jej wejściu w życie przez polską Umawiającą się Stronę. Niemiecka Umawiająca się Strona zostanie niezwłocznie poinformowana o dokonanej rejestracji wraz z podaniem numeru rejestracyjnego ONZ, po potwierdzeniu tej rejestracji przez Sekretariat Organizacji Narodów Zjednoczonych.

Artykuł 15

Wejście w życie

Umawiające się Strony informują się wzajemnie w drodze dyplomatycznej o wypełnieniu wewnętrznych wymogów niezbędnych dla wejścia niniejszej Umowy w życie. Umowa niniejsza wejdzie w życie trzydziestego dnia po dniu otrzymania noty późniejszej.

Sporządzono w Berlinie dnia 27 września 2019 roku w dwóch jednobrzmiących egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

Am 27. September 2019 ist das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Ersatzneubau der Grenzbrücke im Raum Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) unterzeichnet worden. Mit dem Abkommen wird die Grundlage dafür geschaffen, die zwischen Küstrin-Kietz und Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) im Zuge der deutschen Bundesstraße B 1 und der polnischen Landesstraße 22 bestehende Oderbrücke, die nur eine eingeschränkte Tragfähigkeit und erhebliche Baumängel aufweist, durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen. Hierdurch wird sichergestellt, dass den Menschen beiderseits der Grenze dauerhaft eine leistungsfähige und verkehrssichere Straßenverbindung zwischen Küstrin-Kietz in der Bundesrepublik Deutschland und Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) in der Republik Polen zur Verfügung steht.

II. Besonderer Teil

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Artikel 1 definiert den Gegenstand und das Ziel des Vertrages, nämlich die Erneuerung der Grenzbrücke über die Oder im Zuge der deutschen Bundesstraße B 1 und der polnischen Landesstraße 22 zwischen den Grenzzeichen 555 und 556. Die Erneuerung umfasst den Ersatzneubau sowie den Rückbau der bestehenden Grenzbrücke. Die Vertragsparteien streben an, die Grenzbrücke bis zum Ende des Jahres 2025 fertigzustellen.

Artikel 2 weist die für die Erneuerung der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten wie Planung, Bauausführung und -überwachung der Republik Polen zu. Jede Vertragspartei ist auf ihrem Hoheitsgebiet für die Schaffung von Baurecht zuständig. Die Planung und Auftragsvergabe erfolgt nach polnischem Recht, wobei deutsche bautechnische Vorschriften und Normen angewendet werden, sofern diese strenger sind.

Artikel 3 bestimmt, dass die Vertragsparteien jeweils rechtzeitig den Grunderwerb auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates sicherstellen. Vor Beginn der Bauarbeiten ist das schriftliche Einvernehmen der Ständigen Deutsch-Polnischen Grenzkommission und der Deutsch-Polnischen Grenzgewässerkommission einzuholen.

Artikel 4 legt fest, dass die Republik Polen für die Abnahme der Grenzbrücke, die Überwachung der Gewährleistungsfristen und die Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen zuständig ist. Entsprechendes gilt für den Rückbau der bestehenden Grenzbrücke.

Artikel 5 enthält die deklaratorische Feststellung, dass sich die Zuständigkeit für die Erhaltung der Grenzbrücke nach dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze richtet.

Artikel 6 regelt die Aufteilung der Kosten. Jede Vertragspartei trägt die Kosten für den Grunderwerb, den Bau der neuen Grenzbrücke und den Rückbau der bestehenden Grenzbrücke für die Teile der Brücken, die sich im Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates befinden. Die deutsche Vertragspartei trägt von den Kosten für be-

hördliche Tätigkeiten der polnischen Vertragspartei (im Wesentlichen Planung und Bauüberwachung) 10 Prozent der Nettokosten des auf die deutsche Vertragspartei entfallenden Baukostenanteils. Maßgeblich für die Kostenaufteilung ist der Nettobetrag, die polnischen indirekten Steuern werden allein von der polnischen Vertragspartei getragen.

Artikel 7 bestimmt die Zahlungsmodalitäten. Die deutsche Vertragspartei erstattet der polnischen Vertragspartei den von ihr zu tragenden Anteil der Zahlungen an die Auftragnehmer entsprechend dem Baufortschritt. Den Rest ihres Kostenanteils an den Baukosten zahlt die deutsche Vertragspartei nach Schlussabnahme und Abrechnung.

Die Zahlungen an die polnische Vertragspartei erfolgen in polnischen Zloty. Die deutsche Vertragspartei erhält Zweitstücke der Ausführungs- und Bestandspläne, der Bauverträge, der Bestellunterlagen und der festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 enthält in den Absätzen 1 und 2 Regelungen betreffend das Einreiserecht und die erforderlichen Arbeitserlaubnisse für die an der Durchführung des Vorhabens beteiligten Personen. Nach Absatz 3 werden Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt. In einem Schreiben des polnischen Ministers für Infrastruktur an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur hat sich dieser verpflichtet, alle am Bau beteiligten Unternehmen über die Geltung des deutschen Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Falle der Entsendung von Arbeitnehmern in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu informieren.

Artikel 9 beruht auf dem Gedanken und der praktischen Erfahrung, dass es am einfachsten und zweckmäßig ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaates, namentlich des Vertragsstaates, dem die Planung und Bauausführung obliegt, im gesamten Grenzbrückenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt.

Artikel 10 regelt die Gründung und Aufgaben einer deutsch-polnischen Gemischten Kommission sowie einer deutsch-polnischen Projektgruppe. Die Gemischte Kommission ist für die Klärung grundsätzlicher Fragen, insbesondere zur Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten sowie hinsichtlich der Verständigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten im Rahmen der Durchführung des Vorhabens zuständig. Die Projektgruppe hat die Aufgabe, den zuständigen Behörden insbesondere zu Konstruktion und Abmessungen der Grenzbrücke, Festlegung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten, Prüfung des Bauentwurfs und des Vergabevorschlags, Zahlungen und Zahlungsmodalitäten, Grundsätzen für die Abnahme der Bauleistungen und Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke zu unterbreiten.

Artikel 11 enthält detaillierte Regelungen zum Datenschutz. Er stellt sicher, dass der Datenschutz unter

Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern auf Grund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 12 bestimmt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten, die nicht durch die Gemischte Kommission gelöst werden können.

Artikel 13 regelt die Geltungsdauer des Abkommens. Das Abkommen tritt 12 Monate nach Ablauf der

längsten Gewährleistungsfrist für das Vorhaben außer Kraft.

Artikel 14 bestimmt, dass die polnische Vertragspartei die Registrierung bei den Vereinten Nationen veranlasst und die deutsche Vertragspartei über die Registrierung sowie über die VN Registrierungsnummer informiert wird.

Artikel 15 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.